

**Deutscher Bundestag**

Ausschuss für Menschenrechte  
und humanitäre Hilfe

Ausschussdrucksache  
19(17)147

## **14. Bericht der Bundesregierung über ihre Menschenrechtspolitik**

### **Stellungnahme Dr. Dr. Berger**

**Nach der ausführlichen Lektüre der Unterrichtung durch die Bundesregierung (19/25000) sowie des Fragenkatalogs erlaube ich mir in meinem einleitenden Statement eine grundlegende Frage: Der Einsatz der Bundesregierung für die Menschenrechte ist wichtiger denn je. Aber: Wie können wir ihn noch glaubwürdige rund damit wirkungsvoller machen?**

Das erste, was wir im Fragenkatalog lesen ist, dass die Covid-Epidemie, „weltweit zu erheblichen Rückschritten bei der Sicherstellung grundlegender Menschenrechte geführt“ hat. Und dann schaut der Fragenkatalog zurecht auf die autoritären Regime weltweit und deren Einschränkung der Menschenrechte. Und fragt, wie westliche Demokratien, dem begegnen sollten. Ich möchte diese Frage etwas erweitern und fragen: wie können sie das überhaupt glaubhaft, wenn aufgrund mindestens teilweiser unverhältnismäßiger Maßnahmen bei uns nicht erst durch die Infektionsschutzgesetze fundamentale Menschenrechte bzw. Grundrechte als Abwehrrechte des Bürgers gegen die Übergriffigkeit des Staates außer Kraft gesetzt wurden?

In dieses Spannungsfeld gehört dann auch, dass man mit berechtigtem Entsetzen auf den Einsatz iranischer Sicherheitskräfte gegen Teilnehmer regimekritischer Demonstrationen hinweist. Was denken sich Mitglieder des iranischen Regimes, wenn Herr Maas sie auf diesen Missstand hinweist, sie aber kurz zuvor Bilder aus Deutschland gesehen haben, zB von den Demonstrationen am 21. April gegen die Verschärfung des Infektionsschutzgesetzes (§ 28 b IfSG), wo Demonstranten (darunter völlig friedliche alte Frauen) in unverhältnismäßiger Weise von der Polizei zusammengeprügelt wurden?

Ähnlich übrigens auch wenn sich unser Außenminister (hat er das jemals?) im Iran gegen die Todesstrafe und die geschlechtlichen Zwangskonversionen für homosexuelle Männer einsetzt, wenn gleichzeitig immer mehr junge homosexuelle Muslime mitten in Deutschland Opfer des zunehmenden Einflusses des radikalen Islam auf migrantische Parallelgesellschaften werden: Ihrer Freiheit beraubt, gefoltert, psychisch zerstört, mit dem Tod bedroht, entführt und zwangsverheiratet. Und das in Familien nicht nur in Neukölln (bspw. Nasser El-Ahmad) ebenso wie im vom Staat unterhaltenen Asyleinrichtungen. Und genau diese Personen dann von Facebook gesperrt und schließlich gelöscht werden, weil ein islamkritischer Post von ihnen durch die Zensurstelle als „Hassrede“ qualifiziert wurde (zB Abdulrahman Akkad). Für alle die es vielleicht nicht wissen, weil sie nicht der SPD angehören: Facebook greift auf die Bertelsmann-Tochter Arvato als Dienstleister für diese Löschzentren zurück.

Wobei wir bei einer weiteren vulnerablen Stelle in diesem Spannungsfeld wären: der Meinungs- und Pressefreiheit in Deutschland. „Reporter ohne Grenzen“ hat jüngst darauf hingewiesen, dass Deutschland im vergangenen Jahr in der aktuellen Rangliste der Pressfreiheit um zwei Plätze auf den 13. Rang abgestiegen ist.

Man muss sich auf der Zunge zergehen lassen, was die Bundesregierung zu dem Punkt in ihrer Unterrichtung sagt: „Die Bundesregierung setzt sich weltweit für Meinungsfreiheit, freie Meinungsäußerung und Zugang zu Information als unveräußerliche Menschenrechte und wesentliches Fundament einer freiheitlichen und demokratischen Gesellschaft ein und wird Verletzungen dieser Freiheiten kritisch aufgreifen. Hierzu zählt auch die Verteidigung eines freien und offen zugänglichen Internets, insbesondere angesichts der Zunahme von Zensur und

Überwachung in autoritären Regimen ... Besondere Bedeutung hat die Unterstützung und der Schutz von unabhängigen Medien und Medienmachern, die durch ihre Arbeit Missstände aufzeigen und gesellschaftliche Diskussionen befördern.“

Sie mögen mir verzeihen: Das klingt angesichts der Zensurmaßnahmen, die diese Regierung erlassen hat, wie purer Hohn. Das NetzDG mit seinem juristisch völlig vagen Begriff der Hassrede, die Neuregelung des § 188 StGB usw. haben in Deutschland ein Klima geschaffen, in dem die Mehrzahl der Bürger und auch wichtige Journalisten und inzwischen auch Schauspieler Angst haben, ihre Meinung offen zu sagen.

Natürlich kann man das nicht einfach so mit der brutalen offenen Unterdrückung von abweichenden Meinungen und Kritik an totalitären Regimen vergleichen. Warum nicht? Weil diese Art der Unterdrückung der Meinungsfreiheit, wie sie – dank der virtuellen Welt durch Löschen, Algorithmen bzw. das Unsichtbarmachen von der Regierung nicht passenden Nachrichten – bei uns praktiziert wird, subtiler und daher viel gefährlicher ist. Eine verschleiert-unterschwellige Verletzung der Menschenrechte, die die Opfer einfach unsichtbar macht, ist nachhaltig gesehen um vieles gefährlicher als die himmelschreiende Hinrichtung von Regimekritikern coram publico bzw. das offene Martyrium.

Kurzum und ganz banal gefragt: Welche moralische Autorität haben diejenigen, die jeden Splitter im Auge ihrer Brüder weltweit in deutscher Gründlichkeit notieren, aber den Balken im eigenen Auge nicht sehen können oder wollen? Inwiefern können sie diese wieder erlangen, damit ihr Engagement für Menschenrechte auch nachhaltig fruchtbar wird?